

Antrag auf Fristverlängerung und zur Behandlung des Initiativvorschlags "Make the rich pay for climate change"

Zuhanden der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 2020 in Biel/Bienne.

Antragstellende: Léa Dubochet, Levin Koller, Miro Meyer, Nina Schlup, Fabio Oberle (alle JUSO JS Bilingue)

Wir beantragen, dass der Vorschlag für das Grossprojekt «Make the rich pay for climate change»-Initiative, der nach Ablauf der Frist zur Einreichung von Projektvorschlägen für das nächste JUSO-Grossprojekt eingereicht wurde, an der DV vom 31.10 behandelt wird. Damit bitten wir um eine Fristverlängerung zur Einreichung von Projektvorschlägen.

Begründung:

Die Haltung des Klimastreiks zu einem Referendum zum CO₂-Gesetz hat zu kontroversen Diskussionen in der Öffentlichkeit und in einer breiteren linken Szene geführt. Dies geschah zu einem Zeitpunkt als die Frist zur Einreichung von Vorschlägen für das nächste JUSO-Projekt abgelaufen war. Die Debatten zeigten, wie hilflos die Linke in der Klimafrage ist. Im Dilemma, ein ungenügendes und asoziales Gesetz mitzutragen oder in einem SVP-Diskurs unterzugehen, gibt sie ein schlechtes Bild ab. Uns wurde schlagartig bewusst: So kann es nicht weiter gehen. Egal, ob wir für oder gegen das Ergreifen des Referendums sind. Es ist klar, dass ein linker Klimadiskurs dringend notwendig ist. Die Linke muss deshalb bei der Klimafrage in die Offensive gehen, indem sie für einen radikalen und zugleich sozialen Klimaschutz einsteht. Unsere Initiative wäre eine Möglichkeit dies zu tun. Da das Versagen der Linken nach Ablauf der Einreichungsfrist offenkundig unaushaltbar wurde, reichten wir das Projekt, trotz Ablauf der Frist, noch nach. Das Projekt ist seit Anfang Oktober auf der Webseite der DV einsehbar.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: folgt